

Kampf für Menschenrechte

Fünf Jahre Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES) unterstützt durch internationale Vernetzung und Kooperationen Menschenrechtsarbeit von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT). Sie hilft aktiv MenschenrechtsverteidigerInnen und fördert Aufklärung und den Abbau von Vorurteilen. Vergangenen Juni jährte sich zum 5. Mal die Gründung der HES durch den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD). Ein Grund, um die Arbeit der jungen Stiftung vorzustellen.

Mehrere Projekte konnten wir seit 2007 durchführen: Die HES unterstützte MenschenrechtsverteidigerInnen u. a. in Uganda und Südafrika, in Russland und Nicaragua, der Türkei und Lettland. In Deutschland konnten wir viele Veranstaltungen mit Kooperationspartnern zum Thema Menschenrechtsschutz von sexuellen Minderheiten durchführen und unzählige Materialien zum Thema publizieren. Eines unserer Anliegen ist es, die Menschenrechts- und Entwicklungspolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit für das Thema zu sensibilisieren.

Wir verfolgen in unserer Arbeit und in unseren Kooperationen einen horizontalen Ansatz. Wir wollen unsere Partner überzeugen, den Kontakt zu örtlichen Menschenrechtsorganisationen, zu offenen und gutwilligen Partnern zu suchen. Wir motivieren sie, Allianzen zu bilden, Netzwerke aufzubauen und Kooperationen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen einzugehen.

LSBT-Rechte sind Menschenrechte, sie gehen alle an, sie sind kein Nischen- oder Minderheitenthema, sondern eine gesamtgesellschaftliche Angelegenheit. Und je stärker und breiter ein Netzwerk, desto größer und nachhaltiger der Erfolg.

Ein von der HES entwickeltes Veranstaltungsformat, eine zweitägige Konferenz zum Themenkomplex LSBT, Menschenrechte, Allianzenbildung und Empowerment von LSBT-MenschenrechtsverteidigerInnen wurde 2008 in Kiew und 2010 in Riga mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ)“ durchgeführt. Ende Oktober wird eine ähnlich Veranstaltung in St. Petersburg stattfinden.

Projektarbeit in Nicaragua

Eines ihrer ersten Projekte führte die HES in Mittelamerika durch. 2007 starteten wir eine Kooperation mit dem nicaraguanischen *Red de Desarrollo Sostenible* (Netzwerk für nachhaltige Entwicklung, RDS). Wir fördern eine Akzeptanzbroschüre mit dem Titel „El amor merece respeto“ („Liebe verdient Respekt“). Unser Projekt zielte auch auf die

Entkriminalisierung von Homosexualität. Begleitet wurde dieses Projekt von einer Kampagne in Deutschland: Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen schlossen sich unserer Forderung an und appellierten an ihre nicaraguanischen Kolleginnen und Kollegen, das Verbot homosexueller Handlungen zu kippen. Nicaragua hatte erst 1992 ein solches Verbot im Strafrecht verankert. 2008 wurde der entsprechende § 204 dann wieder aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

2011 erarbeitete RDS mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes in einem mehrmonatigen Konsultationsprozess eine nationale Agenda „Sexuelle Vielfalt und Menschenrechte“. Dieses Projekt lieferte mit seinem betont menschenrechtlichen Ansatz einen wichtigen Beitrag dazu, homosexuellenfeindliche Einstellungen in der nicaraguanischen Gesellschaft aufzubrechen. Die Agenda mit ihren menschenrechtlichen Forderungen, die in gedruckter Form erschien, wendet sich nicht nur an LSBT, sondern auch an Behörden, Menschenrechtsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen.

2011 beantragten wir erneut Mittel im Auswärtigen Amt für ein

Folgeprojekt. In dieser zweiten Projektphase geht es um die weitere Auseinandersetzung mit den Themen der Agenda. Bislang fanden in Managua fünf Veranstaltungen statt, bei denen AktivistInnen und VertreterInnen von 21 Gruppen aus dem ganzen Land zusammenkamen, um über methodologische und strategische Schritte für die Projektarbeit zu diskutieren. Auch die Themen Fortbildung, Lobbyarbeit, Kommunikation für LSBT-Organisationen, Allianzenbildung, soziale Mobilisierung und Berichterstattung über Menschenrechte und sexuelle Vielfalt standen im Mittelpunkt der Runden Tische und Workshops.

Die konkreten Ziele des Projekts, das bis Ende Dezember 2012 läuft, sind die Umsetzung der 2011 gemeinsam entwickelten Ziele, nämlich Akzeptanzbildung, Homophobieabbau, Diskriminierungsschutz, Sensibilisierungsarbeit, Entwicklung und Weitergabe von Strategien auf lokaler und nationaler Ebene sowie die Entwicklung eines Handbuchs „Sexuelle Vielfalt und Menschenrechte“ für Medien.

Das RDS und seine Partner sehen sich in der Projektarbeit mit mehreren Herausforderungen

5 Jahre

HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG



konfrontiert. Zum einen haben, so José Ignacio López vom RDS, „die weltweite Finanzkrise sowie der Rückgang des demokratischen Prozesses und die Erosion des Rechtsstaats in Nicaragua dafür gesorgt, dass sich die europäischen Partnerorganisationen von Nicaragua abwenden“. Andererseits sehe man sich massiven Angriffen der verschiedenen Kirchen ausgesetzt. „Insbesondere die katholische Kirche und verschiedenen Gruppierungen der evangelischen Kirche propagieren offen die Diskriminierung von LSBT.“ Auch komme es zunehmend zu Hassverbrechen und Menschenrechtsverletzungen an Lesben und Schwulen nicht nur in Nicaragua, sondern in ganz Lateinamerika.

Informationen über Menschenrechtsverletzungen an LSBT gelangten zwar über die Medien an die Öffentlichkeit. Dabei komme es aber immer zu einer öffentlichen Zurschaustellung der Opfer, Vorurteile würden bewusst oder unbewusst durch die Medien verbreitet: „Sie berichten über die Wahlen zur Miss Gay, über Vergewaltigungen und Morde. Die Form der Berichterstattung über Lesben, Schwule und Transsexuelle ist voyeuristisch. Nicht selten sind Überschriften wie ‚Schwules Verbrechen aus Leidenschaft‘, ‚Er wollte ihr den Mann wegnehmen‘ oder ‚Tod der Tigerin‘.“

Deshalb ist die medienkritische Arbeit ein Bestandteil des Projektes. Das RDS will zusammen mit Studierenden und Lehrenden an Hochschulen, Fachleuten aus der Medienpraxis sowie Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit in staatlichen Institutionen ein Handbuch für die journalistische Berichterstattung über das Thema Menschenrechte und se-



FOTO: LSVD

HES- und afrikanische AktivistInnen beim Berliner Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im November 2010.

xuelle Vielfalt in Nicaragua entwickeln. Ein ambitioniertes Projekt, das, so José Ignacio López, bereits Nachahmung finde in Nicaraguas Nachbarstaaten Honduras, Costa Rica und El Salvador.

Aufklärungsarbeit in Nigeria

Bereits im Januar 2011 fanden im nigerianischen Lagos mehrere Workshops unseres Projektpartners *House of Rainbow* zu den Themen Coming-out, anti-homosexuelle Gewalterfahrungen, Homosexualität und Religion, Sicherheit und Online-Dating sowie Stärkung des Selbstvertrauens von LSBT statt. 34 Personen nahmen teil, u. a. auch VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften. Das Auswärtige Amt hatte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung für dieses Projekt Mittel bewilligt.

In Nigeria, das aufgrund seiner Größe und Vielfalt gerne als Abbild des afrikanischen Kontinents gilt, wird Homosexualität

mit langjährigen Haftstrafen geahndet. Im islamischen Norden, in dem seit dem Jahr 2000 die Scharia gilt, können Homosexuelle gar mit dem Tode durch Steinigung bestraft werden. Regierung und Gesetzgeber unternahmen in den vergangenen Jahren immer wieder Schritte, um die Strafgesetze weiter zu verschärfen.

So auch im vergangenen Jahr. Unser Folgeprojekt, das 2011 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gefördert wurde, stand zunächst unter keinem guten Stern, denn im November verabschiedete der nigerianische Senat das sogenannte *Same Gender Marriage Prohibition Bill*. Dieses Gesetz sieht vor, dass über Personen, die eine gleichgeschlechtliche Ehe oder Partnerschaft eingehen, eine Haftstrafe von 14 Jahren verhängt werden kann. Darüber hinaus sieht es vor, dass jede Person, die Homosexuellen-Clubs oder -Organisationen registriert, unterhält oder unterstützt oder eine gleichgeschlechtliche Zuneigung zur Schau stellt, ein Verbre-

chen begeht, das mit einer Haftstrafe von zehn Jahren geahndet wird. Es zielt auf die Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen und beschneidet die Grundrechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit.

Angesichts der angeheizten Debatte im Land über dieses Gesetz, die in einigen Medien zu einer wahren Hexenjagd gegen Homosexuelle ausartete, kam das *House of Rainbow* zur Auffassung, dass für das Jahresende 2011 geplante Interventionen in verschiedenen Städten verschoben werden mussten. Die Sicherheit von KonferenzteilnehmerInnen war laut Angaben aus Nigeria nicht zu gewährleisten. Zudem informierte uns Jide Macaulay, der Leiter des *House of Rainbow*, dass er seine Reise von London nach Nigeria aus Sicherheitsgründen abgesagt habe, da in den nigerianischen Medien eine Kampagne gegen ihn und das *House of Rainbow* laufe. Ehemalige Adressen des *House of Rainbow* und die aktuelle Anschrift seines Vaters seien veröffentlicht worden.

House of Rainbow hegte die Hoffnung, dass sich die Situation nach einigen Monaten beruhigen und die Anwürfe in der Presse gegen sexuelle Minderheiten aufhören würden.

Ende März 2012 schließlich fanden in Ibadan, Lagos und Abuja ganztägige Konferenzen des *House of Rainbow* statt, an denen insgesamt 119 Personen teilnahmen, darunter auch VertreterInnen der nigerianischen Zivilgesellschaft und ausländischer Botschaften. Unser „Vier-Säulen-Regenbogenprojekt: Beratung und Menschenrechtsbildung für sexuelle Minderheiten in Nigeria“ konnte so doch noch zu einem guten Ende gebracht werden. In den Konferenzen und Workshops, die sich an LSBT- und zivilgesellschaftliche MultiplikatorInnen richteten, ging es um Fragen wie die Stärkung des Selbstwertgefühls von LSBT, Menschenrechte und sexuelle Minderheiten, Allianzenbildung und Aufklärungsarbeit für MultiplikatorInnen sowie Gesundheitsaufklärung und HIV-Präventionsarbeit.

Jide Macaulay zog ein differenziertes Resümee und evaluierte das Projekt wie folgt: „Die Maßnahmen unseres Projekts zielten darauf, die Akzeptanz für sexuelle Minderheiten zu steigern und homophobe Einstellungen und Vorurteile in der nigerianischen Gesellschaft zu bekämpfen. Das braucht natürlich seine Zeit, und unsere Projekte waren ein Anfang. Die größte Herausforderung ist und bleibt die Reaktion der Gesellschaft, der Medien und der Politik auf das Tabuthema Homosexualität. Zusammen mit anderen LSBT-Organisationen und der Zivilgesellschaft wollen wir auch in Zukunft unsere Arbeit fortsetzen.“



FOTOS: RDS

Workshops des HES-Kooperationspartners RDS im Rahmen des Projekts „Diversidad sexual en Nicaragua“, April 2012

Erste Grundlagen der LSBT-Menschenrechtsbildung wurden also vermittelt, Kompetenztransfer fand statt, und LSBT wurde aufgezeigt, wie sie sich besser wappnen, wie sie für ihre Menschenrechte eintreten können. Der Erfolg der Interventionen in Bezug auf Enttabuisierung und Akzeptanzsteigerung von Homosexualität in der nigerianischen Gesellschaft wird sich langfristig messen lassen. MultiplikatorInnen wurden sensibilisiert, sie werden Erfahrungen weitergeben. Themen und Inhalte des Projektes wirken weiter.

Kampf gegen homophobe Tendenzen in Russland

Homosexuellenfeindlichkeit ist in Russland weit verbreitet. LSBT in Russland erfahren seit jeher Ausgrenzung, Diskriminierung, Verachtung und antihomosexuelle Gewalt. Die europäische Kulturhauptstadt St. Petersburg, die bis vor einigen Jahren eher im Ruf stand, liberal und weltoffen zu sein, hat die Ausgrenzung von LSBT gesetzlich sanktioniert und folgte damit dem Beispiel der drei russischen Regionen Kostroma, Archangelsk und Rjasan. Am 29. Februar 2012 verabschiedete das St. Petersburger Stadtparlament in 3. Lesung ein homopho-

bes und transphobes Gesetz, das die „Propagierung“ von Homosexualität oder Transgenderismus unter Strafe stellt. Am 11. März 2012 hat Stadtgouverneur Georgij Poltawtschenko das Gesetz unterzeichnet. Es ist damit in Kraft getreten. Das Gesetz schürt Homophobie und Vorurteile. Es wird Intoleranz und Hass gegen Minderheiten befördern und institutionalisieren. Das Gesetz zielt darauf ab, die stärker werdende LSBT-Bewegung in Russland mundtot zu machen. In diese Richtung weist auch die wiederholte vorübergehende Verhaftung von schwulen Menschenrechtsverteidigern und lesbischen Aktivistinnen in St. Petersburg im heurigen Jahr.

Russland ist Mitglied im Europarat und somit an die „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (EMRK) gebunden, die die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Verbot der Diskriminierung garantiert. Nach gängiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verstößt die Benachteiligung von Lesben und Schwulen wegen ihrer sexuellen Orientierung gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 der EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienle-

bens). Die gleichen Grundsätze gelten für Bisexuelle und Transgender. Das Gesetz widerspricht auch russischem Recht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Der Widerstand der russischen LSBT-Bewegung gegen das Gesetz erfuhr weltweite Solidarität. In Deutschland wandten sich PolitikerInnen aus Hamburg, Berlin und Köln in offenen Briefen fraktionsübergreifend an ihre russischen KollegInnen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes testen die LSBT-Organisationen in St. Petersburg, wie sie ihre wichtige Aufklärungs- und Akzeptanzarbeit fortsetzen können. Das Gesetz sieht für Einzelpersonen Geldstrafen von 5.000 Rubel (130 Euro), für Organisationen je nach Größe bis zu 500.000 Rubel (13.000 Euro) vor.

Auch in diesem Jahr organisierte die LSBT-Organisation *Vychod* (Coming-out) zusammen mit anderen Organisationen die „Woche gegen Homophobie“. *Vychod* setzt sich seit 2009 für die Menschenrechte von LSBT, für mehr Toleranz und Akzeptanz ein, betreibt Aufklärungsarbeit rund um das Thema Homo- und Transsexualität, berät Lesben und Schwule beim Coming-out und stärkt die Handlungskompetenz von LSBT. Einen Bestandteil der „Woche



Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung zeichnet bereits für eine Vielzahl an Veranstaltungen und Publikationen verantwortlich.

gegen Homophobie“, in der immer viele Veranstaltungen, u. a. auch ein Filmfestival stattfinden, bildete in diesem Jahr eine Plakataktion. Mit finanziellem Aufwand wurden 15 gewerbliche Werbeflächen angemietet und 30 Großformate gedruckt. Die Plakate zeigen den Komponisten Pjotr Tschaikowski, den Tänzer Rudolf Nurejew, die Dichterin Marina Zwetajewa mit zugeklebten Mündern. Kurze Texte aus persönlichen Briefen und Dokumenten dieser russischen Kulturgrößen verweisen auf deren Homosexualität.

Als am 7. April 2012 Aktivisten von *Vychod* die Plakate bei einer Demonstration hochhielten, wurden sie vorübergehend verhaftet. Ihnen drohen Geldstrafen. Und als mehrere LSBT-Menschenrechtsverteidiger in St. Petersburg bei den Demonstrationen zum 1. Mai Regenbogenflaggen und andere Regenbogensymbole mit sich führten, wurden insgesamt 17 Personen verhaftet. Auch ihnen drohen Geldstrafen. Die AktivistInnen wurden von der 400 Personen zählenden Menschenmenge getrennt und wegen „Propagierung von Homosexualität“ auf die nächstgelegene Polizeiwache gebracht. Unter den Festge-

nommenen befand sich auch der bekannte Aktivist Igor Kotschetkow (vgl. LN2/11, S. 25), der später berichtete, man habe ihn erst nach sieben Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Vorwurf an die MenschenrechtsverteidigerInnen lautete danach nicht mehr, sie hätten Werbung für Homosexualität betrieben, sondern Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet. Polina Sawtschenko von *Vychod* kommentierte dieses Vorgehen der Petersburger Polizei mit den Worten: „Die Tatsache, dass nur VerteidigerInnen von LSBT-Rechten verhaftet wurden, ist der Beweis, dass das Gesetz genauso perfekt funktioniert, wie es beabsichtigt war.“ Es ziele darauf ab, jegliche öffentliche LSBT-Aktivität zu unterbinden.

Vychod und andere LSBT-Organisationen in St. Petersburg bereiten sich nun auf einen langen und kostspieligen Kampf vor. Sie wollen durch alle gerichtlichen Instanzen in Russland ziehen, um dann die Sache vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen zu können. Ihr Engagement gegen anti-homosexuelle Einstellungen und Verhaltensweisen gehe weiter, so die *Vychod*-AktivistInnen, deren Arbeit seit dem Frühjahr von

der Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit Spendengeldern aus Deutschland unterstützt wird.

Lettische Publikation zur sowjetischen Homosexuellenverfolgung

In Lettland konnte in Kooperation mit der LSBT-Organisation *Mozaika* und mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ eine Publikation mit Biographien von in sowjetischer Zeit verfolgten Lesben und Schwulen vorgelegt werden. Autorin des im Mansards-Verlag in Riga erschienenen Buches mit dem Titel „Das versteckte Anderssein. Homosexuell im sowjetischen Lettland“ (Originaltitel: *Pagrīdes citādība. Homoseksuāļi padomju Latvijā*) ist die Journalistin Rita Ruduša. Es handelt sich um ein Zeitdokument, für das elf LettInnen im Alter von 39 bis 73 Jahren interviewt wurden.

Für Ruduša war es eine große Herausforderung, Menschen zu finden, die bereit waren, über Erfahrungen aus der Sowjetzeit zu berichten, und deren Vertrauen zu gewinnen; vor allem deshalb, weil die überwältigende Mehrheit von ihnen kein Coming-out

hatte und drei der Befragten in heterosexuellen Ehen leben. So erklärt sich die extreme Zurückhaltung, über Sexualität oder Homosexualität, noch dazu mit einer Journalistin, zu sprechen. Die lettischsprachige Publikation, mittlerweile vergriffen, ist einzigartig, da es in Lettland bisher keine Versuche gab, Menschen zu interviewen, die aus Angst vor Verfolgung und Gewalt gezwungen waren, ihre sexuelle Orientierung zu verstecken. Es war daher besonders wichtig, die Lebensgeschichten von Menschen zu hören, die in den 1960er Jahren jung waren, bevor diese Geschichten verlorengehen.

Die andauernde Feindseligkeit gegenüber homosexuellen BürgerInnen in Lettland, die von der Politik und den Behörden nicht bekämpft, sondern zum Teil noch gefördert wird, macht das Buch zeitlos und besonders wertvoll. Die erzählten Lebensgeschichten berichten von schmerzvollen Erfahrungen, die die Härten des Lebens von Menschen illustrieren, denen Würde und grundlegende Menschenrechte nicht gewährt wurden. Es handelt sich dabei um jene Rechte, die Eckpfeiler europäischer Werte sind und auch in Lettland gelten.

Nachhaltige Wirkung hat die Veröffentlichung vor allem im pädagogischen Bereich, da es nur ein begrenztes Bewusstsein in der lettischen Bevölkerung für die Beschwerden gibt, die homosexuelle Menschen in der Sowjetzeit durchlebten und immer noch durchleben, obwohl Homosexualität seit über 20 Jahren nicht mehr strafbar ist. Das Buch betont, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte haben sollten, ein Ziel, das Lettland anstrebte, als es seine Unabhängigkeit wieder erlangte. Zudem soll die Veröffentlichung dazu dienen, dieses Thema in anderen akademischen Formaten und Disziplinen noch näher zu beleuchten.

Entstanden ist das Buch als Folge der Konferenz, die die HES zusammen mit *Mozāika* und dem *Latvijas Cilvēktiesību Centrs (LCC)*, dem lettischen Zentrum für Menschenrechte, sowie mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ im Juni 2010 in Riga durchführte.

Ausblick

Im fünften Jahr ihres Bestehens verfolgt die HES weitere interessante Projekte: Neben der bereits erwähnten Konferenz in St. Petersburg steht kommenden November eine Besuchsreise von 14 afrikanischen LSBT-MenschenrechtsverteidigerInnen in Berlin auf dem Programm. Zentrale Themen der Besuchsreise sind Homosexualität und Religion, Homophobie in Afrika, Religionsfreiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Gäste werden mit AktivistInnen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern zusammentreffen, die innerhalb der Kirchen für mehr Akzeptanz streiten und sich mit

religiös bedingter Homophobie auseinandersetzen und religiös motivierte Angriffe erfahren. Projektziele sind die Stärkung der Handlungskompetenz für Lobby-Arbeit gegenüber Kirchen und für die Arbeit in internationalen Gremien (wie dem UN-Menschenrechtsrat), die Stärkung der Kampagnenfähigkeit zur Begegnung religiös motivierter Homophobie, die Enttabuisierung von Homosexualität und Akzeptanzsteigerung, die Allianzenbildung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und aufgeschlossenen Kirchen und Kirchenvertretern sowie menschenrechtspolitisches Empowerment.

Ein Dialog soll angestoßen werden. Es geht darum, Kirchenvertreter und die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit für die Probleme zu sensibilisieren und sie dazu zu motivieren, sich gegen Diskriminierung und Verfolgung von Menschen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität stark zu machen. Denn unser Credo lautet: In der Frage der Achtung der Menschenrechte darf es keine Hierarchisierungen geben, keine Person darf weniger Menschenrechte oder geringeren Schutz genießen als andere. Die sexuelle Selbstbestimmung ist kein spezielles Recht, auch kein Menschenrecht zweiter Klasse, sondern ein unveräußerliches Grund- und Menschenrecht, das uns qua Geburt zusteht. So sind auch die Rechte von LSBT selbstverständlich Menschenrechte und als solche universell gültig und unteilbar.

KLAUS JETZ

queerbook
GUIDE 2012
WEDDING
JETZT IM ABO!
DEN ULTIMATIVEN QUEERWEDDING GUIDE GIBT ES JETZT AUCH IM ABO EINFACH ONLINE BESTELLEN UNTER
queerding.com

Süße Köstlichkeiten
und kunstvolle Torten...

Der Zuckerlacker



Reinhard Pauser

Reinprechtsdorfer Straße 10
1050 Wien
Mo. bis Fr.: 7:30 – 18h; Sa: 8 – 16h
www.derzuckerbaecker.net
Tel.: 01-544 577 0

...für alle Tage & jeden Anlass